

Die voigtl. Vereins-
blätter erscheinen
wöchentlich 2 mal und
zwar Mittwochs
und Sonnabends.

Voigtländische

Subscriptionspreis:
5 ngr. für das Viertel-
jahr. Insertions-
gebühren: 5 S. für die
gespaltene Zeile.

Vereinsblätter

aus dem Volke für das Volk.

Verantwortlicher Verleger: Aug. Wieprecht.

Erwiderung an den hiesigen deutschen Verein.

Der hiesige Märzverein erließ kurz nach seiner Gründung ein Schreiben an den hiesigen Deutschen Verein, worin er demselben von dieser seiner Gründung Anzeige machte, eine Erklärung über seine Grundsätze und seine Stellung den andern Vereinen gegenüber mittheilte und die freundliche Einladung zugehen ließ, sich mit ihm zu gemeinschaftlicher Wirksamkeit zu vereinigen, insoweit dies, ohne seine Selbstständigkeit aufzugeben, geschehen könne.

Hierauf hat der Deutsche Verein sich dahin erklärt, daß er sich außer Stand gesetzt sehe, diesem Wunsche zu entsprechen.

So sehr dies nun der Märzverein im Interesse der Einigung beklagt, so muß er es doch dem deutschen Gewissen des Deutschen Vereins überlassen, seine Ablehnung unserer Einladung zu verantworten; der Märzverein hat die Beruhigung, die Hand geboten zu haben.

Wenn jedoch der Deutsche Verein die Gründe für seine abschlägliche Antwort zugleich zu Angriffen und Verdächtigungen des Märzvereins benutzte und das Alles der Deffentlichkeit übergeben hat (in Nr. 6 des V. Anz.), so kann der Märzver. in einem solchen Verfahren nur eine Tactlosigkeit und Verletzung des Anstandes erblicken. Denn daß der Vv. die Erklärung über seine Begründung und Stellung, in welcher auf den Deutschen V. gar keine Beziehung genommen war, der Deffentlichkeit übergab, konnte doch für diesen keine Veranlassung sein, seine feindselige Antwort auf unsere freundliche Einladung zu veröffentlichen. Dieses Verfahren ist gerade so, als wenn Jemand von seinem Nachbar freundlich eingeladen wird, eine Reise, die Beide auf verschiedenen Wegen nach einem und demselben Ziele zu machen beabsichtigen, gemeinschaftlich zu machen, und, anstatt ebenso freundlich mit Ja oder Nein zu antworten, auf die Straße tritt und seinen guten Nachbar weidlich ausschilt.

Doch wir glauben die Beurtheilung dieses Verfahrens dem Publicum überlassen zu dürfen und wenden uns zu den Gründen selbst, die der Deutsche V. für seine Ablehnung seiner Einigung mit dem Märzvereine aufstellt, sowie zu den Vorwürfen und Beschuldigungen, welche derselbe daran knüpft.

Die Männer der Linken in Frankfurt faßten, als sich aus den Ereignissen in Wien und Berlin und aus der Haltung des Reichsministeriums diesen Ereignissen gegenüber klar herausstellte, daß die Reaction, an deren Dasein und Macht das deutsche Volk in seiner Gutmüthigkeit bis dahin gezweifelt hatte, mächtig ihr Haupt erhebe und durch die Uneinigkeit und den Hader der verschiedenen politischen Parteien selbst

nur gefördert werde, den großartigen Gedanken, zur Rettung des Vaterlandes eine Einigung des Volkes zunächst mittelst einer Einigung dieser Parteien zu bewirken. Eine solche Einigung konnte mit Erfolg nur durch Aufstellung möglichst weiter und allgemeiner, wenn nur wahrer und richtiger, das Wesen der Sache erfassender Grundsätze erzielt werden. Diese Grundsätze glaubten sie zu finden in den obersten Wahrheiten der Demokratie: 1) „Die Freiheit ist das natürliche Eigenthum des Volkes, und weil sie dies ist, so bestimmt das Volk selbst die Einschränkungen der Freiheit, und weil das Volk selbst dies thut, so hat sich denselben Jeder zu unterwerfen;“ und 2) „die Regierung ist für das Volk da, und darum hat dieses das Recht, auf friedlichem und gesetzlichem Wege seine Regierungsform festzustellen oder zu ändern.“

Zunächst nun erkennt der Deutsche Verein das Streben des Märzvereins, zu **einigen**, mit Freuden an. „Der Einigung, sagt er, bedarf unser großes, durch so viele Sonderbestrebungen, durch so viel Streit und Haß getrenntes Vaterland in so hohem Grade, daß wir kein anderes Ziel für so wichtig und der angestrengtesten Bemühungen werth halten, als das, Deutschland zu einigen, die feindlichen Parteien zu versöhnen, die getrennten Stämme zu verbinden. Frei kann Deutschland nur sein, wenn es mächtig, und mächtig kann es nur sein, wenn es einig ist.“ Der deutsche Verein ist also mit den Voraussetzungen und Zwecken des Märzvereins vollkommen einverstanden. Ebenso erkennt er die Richtigkeit unserer Glaubenssätze vollständig an und erklärt dieselben für **gar nicht bezweifelte**, sondern vielmehr **sich von selbst verstehende Wahrheiten**. Aber er hält sie nicht für geeignet, zu deren Geltendmachung einen politischen Verein zu gründen. „Denn,“ sagt er erstens, „wenn irgend ein Volk in seiner Mehrheit Etwas will, so ist keine Macht der Erde im Stande, ihm das, was es will, auf die Dauer vorzuenthalten.“ Wie hierin ein Grund gegen einen politischen Verein überhaupt und gegen den Märzverein insbesondere liegen könne, ist schwer zu begreifen. Gerade daß das Volk, was Noth thut, richtig und klar erkenne und auf dem rechten Wege vereint erstrebe, damit keine Macht der Erde im Stande sei, es ihm länger vorzuenthalten, ist ja der Zweck aller vernünftigen Vereine und des Märzvereins insbesondere. Zweitens sollen diese Grundsätze **nicht deutlich, nicht scharf gezeichnet** sein. Dies kann nur soviel heißen, als man ersehe aus denselben nicht, wohin sie zielten. Nun, sie schließen eben keine von den Folgerungen aus, die sich daraus

ergeben. Aber diese vollständigen Folgerungen scheut vermuthlich der D. V., er will eben diese Folgerungen nicht in ihrer ganzen Ausdehnung, er hat nur einige bestimmte Zwecke vor Augen, die sich aus einem obersten Grundsatz nicht ergeben und daher einzeln aufgestellt und scharf begrenzt werden müssen, damit man ja um keine Linie weiter gehe, ja nichts Anderes hineinziehe, möge es auch noch so verwandt sein, noch so nahe liegen. Vergleichen wir unsere Vereine mit Gesellschaften, welche sich verbinden, um sich Fertigkeit im Rechnen zu erwerben, so erstrebt der Mv. eine Kenntniß dieser Kunst in ihrem ganzen Umfange; der D. V. will aber nur einige besondere Species und auch diese vielleicht nur in Anwendung auf im Voraus bestimmte Gegenstände, die nun allerdings deutlich und scharf begrenzt sein müssen, damit nicht ein Mehr und ein Höheres erstrebt werde. Wenn wir uns aber diesen Vorwurf im Sinne des Deutschen Vereines leicht erklären können, so muß uns der Tadel, daß die Glaubenssätze des Mvs zu **allgemein** wären, unbegreiflich erscheinen. Wenn, um bei obigem Vergleiche zu bleiben, ein Verein Kenntniß und Fertigkeit im Rechnen im Allgemeinen bezweckt, so muß er eben möglichst allgemeine Grundsätze aufstellen, welche keine Species ausschließen, so daß sie auf alle anwendbar sind, die zu dieser Kunst gehören. Oder, um uns eines anderen Vergleiches zu bedienen, wenn möglichst Viele unter einen Hut gebracht werden sollen, so muß der Hut eben möglichst weit sein. Der D. V. aber will sich zwar die Miene geben, als ob er die dargebotene Hand zur Einigung anzunehmen geneigt und bereit sei; er spricht zwar in schönen Redensarten aus, wie nothwendig es für das Heil Deutschlands sei, daß die verschiedenen Parteien, in welche es gespalten sei, sich unter einen Hut vereinigen; er erkennt an, daß der von dem Mv. gefundene und dargebotene Hut ein feinem Stoffe nach vortrefflicher sei, gegen welchen kein Mensch etwas einwenden könne, aber er erklärt, eben weil er, der D. V., sich zu einigen, also mit Andern unter einen Hut zu kommen wünsche, könne er unter **diesen** nicht treten, weil derselbe — **zu weit** sei. Der D. V. will also, um möglichst Viele unter einen Hut zu bringen, einen Hut von **beschränktem** Umfange, vielleicht selbst keinen modernen. Hören wir aber die Gründe, die der D. V. selbst anführt, warum er, gerade weil er Einigung wolle, sich mit dem Mv. nicht einigen könne. Die Einigung, sagt er, könne keine aufrichtige sein, weil der D. V. nur die Monarchie wolle, der Mv. aber Monarchisten und Republikaner enthalten könne; und der Mv., wenn er solche Elemente vereinigen zu können meine, sei (sehr artig!) in einer Selbsttäuschung befangen. Das Letztere muß der Mv. geradezu zurückgeben. Dem Mv. ist das **Wesen** die Hauptsache, nicht die **Form**, und mithin auch nicht die Regierungsform. Dem Mv. steht diese nur in zweiter Linie; ihm ist es seinen Grundsätzen gemäß, die auf Vernunft und Naturrecht beruhen und vom D. V. als unbezweifelte Wahrheiten anerkannt werden, gleich, ob die Regierungsform monarchisch oder republikanisch, **wenn nur demokratisch**, ist. Der Mv. vergleicht den Staat mit einem großen Gute und betrachtet die Staatsangehörigen wie die Eigenthümer desselben. Diesen kann es in der Hauptsache gleichgültig sein, ob ihr Eigenthum von einem Verwalter, den sie sich selbst gewählt haben, oder von einem Verwalter, dessen Familie durch besondere Umstände im erblichen Besitze dieses Amtes ist, bewirthschaftet wird, wenn es nur gut und im Sinne des Eigenthümers bewirthschaftet wird. Daß dies aber ge-

schehe, ist doch unläugbar die Hauptsache. Wenn dagegen der D. V., während er selbst die constitutionelle Monarchie nicht als Zweck, sondern nur als Mittel zum Zwecke anzusehen erklärt, gleichwohl nur in dieser den tauglichsten Verwalter erblicken zu können meint, so wollen und können wir ihm zwar diese Ueberzeugung nicht nehmen, glauben jedoch von unserem Standpunkte aus ihm den Vorwurf der Selbsttäuschung mit vollem Rechte zurückgeben zu können, da er offenbar und noch dazu im Widerspruche mit sich selbst in der **Form** das **Wesen** zu haben glaubt. Dabei können wir dem Grunde, daß die Frage, ob Monarchie, ob Republik, schon deshalb eine so große Wichtigkeit habe, weil ihr diese Wichtigkeit von den streitenden Parteien beigelegt werde, nicht das mindeste Gewicht beilegen. Es ist eben Pflicht und Aufgabe der Vereine, irrige Ansichten zu berichtigen, Vorurtheilen entgegenzutreten und überhaupt politische Aufklärung und Bildung zu verbreiten. Angenommen aber, es ließe sich darüber streiten, ob hier in der Form nicht auch das Wesen liege; zugegeben selbst, der D. V. könne das Heil des Vaterlandes **nur** in der erblichen Monarchie eines Fürstenhauses erblicken, sei also hierin grundsätzlich von dem Mv. verschieden; warum sollte er, da er doch nach seiner eigenen Erklärung **eine von dem Geiste der Demokratie durchdrungene und belebte**, wenn auch **nur monarchische Verfassung erstrebt**, zu Erreichung solcher Staatseinrichtungen, wobei die oberste Regierungsform gar nicht in Betracht kommt, wie z. B. Wahl der Stadtverordneten, der Geschwornen u., sich nicht mit dem Mv. verbinden können? „Nein,“ sagt der D. V., „es ist nicht möglich, mit Republikanern gemeinschaftlich zu wirken.“ Ist das wirklich Ernst? Ist das Ueberzeugung? Man kann es kaum glauben; denn gleich darauf brüsst sich derselbe Verein damit, daß er in Verbindung mit gleichgesinnten Vereinen in Böhmen u., in **Hamburg** und **Bremen** stehe. Hamburg und Bremen sind ja Republiken. Oder wollen etwa die Deutschen Vereine in Hamburg und Bremen ihre republikanische Verfassung und Regierungsformen über den Haufen werfen und fürstliche Monarchen an die Spitze stellen und somit eine Revolution machen? **Der Deutsche Verein steht also bereits in Verbindung mit Republikanern**, oder er macht gemeinschaftliche Sache mit Revolutionären. **Entweder — oder.** Was soll man nun davon denken, wenn der Deutsche Verein bei solchen Widersprüchen, bei solchen Folgewidrigkeiten dem Märzverein **Selbsttäuschung, Mangel an Klarheit, Unentschiedenheit** vorwirft? Ja, auch Unentschiedenheit, Unentschiedenheit in der Ueberzeugung und Unentschiedenheit in dem Aussprechen derselben macht der D. V. dem Mv. zum Vorwurfe. Nun, es ist schon oben bemerkt worden, daß daraus, daß nicht alle Folgerungen aus den obersten Grundsätzen einzeln aufgeführt sind, keineswegs ein Mangel an Schärfe und Entschiedenheit gefolgert werden kann, und daß nur derjenige das Einzelne besonders angeben und scharf bezeichnen muß, der keine obersten Grundsätze hat oder mit diesen nicht herauszutreten wagt und daher sich hinter einer Ansammlung (Conglomerat) von Einzelheiten versteckt, von denen er je nach dem augenblicklichen Bedürfnisse einige zum Vorschein bringt, die er in dem gegebenen Falle für wirksam hält. Der Mv. hat seine obersten Grundsätze mit Entschiedenheit ausgesprochen; er erkennt alle Folgerungen, welche sich daraus ergeben, mit Entschiedenheit an; er weist die von dem D. V. aufgestellten möglichen Gründe der angeb-

lichen Unentschiedenheit, als wolle er nicht mit der Sprache heraus und fürchte sich, seine Ueberzeugung auszusprechen, als wolle er die Ereignisse abwarten, um sich nach Umständen für das Eine oder das Andere zu erklären, als hoffe er auf diese Weise Unentschiedene von der Gegenpartei an sich zu ziehen und nach und nach für sich zu gewinnen, mit Entschiedenheit und Entrüstung zurück, und läßt die Frage, ob Monarchie, ob Republik, als von untergeordnetem Werthe (und vor der Hand in Bezug auf Sachsen ganz unpraktisch) nur einfach **offen** und will und kann diese Frage weder entscheiden, noch auch nur in Betracht ziehen, weil er sonst sofort in zwei Parteien zerfallen und somit seinen ersten Grundsatz, den Grundsatz der Einigung der sich entgegenstehenden Parteien aufgeben und sich auflösen müßte. Und nur diese, wie der D. B. allenfalls anzunehmen geneigt ist, **gute und wohlgemeinte** Absicht der Einigung hatte der Mv. bei seiner an den D. B. gerichteten Aufforderung.

„So wollen also,“ ruft der D. B. aus, „wir, die Mitglieder des D. B., keine Einigung?“ D ja, wir wollen Einigung durch Ueberwindung der einen Partei mittelst eines geistigen Kampfes.“ Sehr schön und vernünftiger, gebildeter Menschen würdig! Kann denn aber der D. B. im Ernste glauben, daß ein solcher Sieg heute oder morgen, daß er in Jahren errungen sein wird? Die Mitglieder des D. B. müssen mit einer starken Einbildungskraft gesegnet sein, wenn sie in nächster Zukunft die Gegenpartei niederzukämpfen hoffen; denn daß **sie** siegen werden in diesem geistigen Kampfe, bezweifeln sie doch wohl nicht. Wie sie aber solchen Glauben hegen können, begreifen wir nicht, da doch die Republik **an sich** unbestritten die vernünftigste und beste Staatsform ist, und die Erfahrung in dieser Hinsicht Nichts beweisen kann, weil es eben so glückliche Republiken als Monarchien giebt, wie z. B. Amerika und Belgien zeigen. Wann werden wir also einig sein? So lange der D. B. besteht, **nicht**.

Hiernach ist es wohl überflüssig, noch ein Wort über die von dem D. B. ausgesprochenen Verdächtigungen der Begründer des Märzvereins in Frankfurt zu verlieren. Es wird ihnen zum Vorwurfe gemacht, daß sie Republikaner um jeden Preis wären und bei der Gründung und Leitung des Mv. keine andere Absicht haben könnten, als ihn für ihre Zwecke zu benutzen. Nun, wenn dies wahr und ein Verbrechen ist, so befinden sich die Gründer der deutschen Vereine gerade in derselben Schuld. Denn sie sind Monarchisten um jeden Preis und benutzen die deutschen Vereine zu ihren Zwecken. Jenes ist ziemlich unrichtig, ja gleichgültig, dieses natürlich. Aus **diesen** Gründen kann also Eisenmann, wenn er wirklich ausgetreten ist, wovon jedoch außer dem D. B. Niemand Etwas weiß, nicht ausgetreten sein. Denn er hat nicht nur jene Männer vorher und jedenfalls besser als wir, sondern auch die Grundsätze und Zwecke des zu stiftenden Märzvereins gekannt.

Wenn hiernächst denselben Begründern des Mv. vorgeworfen wird, daß sie in ihrem Programme nur von Bekämpfung der Reaction, kein Wort aber von der zu bekämpfenden Anarchie gesprochen hätten, so haben sie wohl gewußt, daß zur Bekämpfung der Gesetzlosigkeit, wenn sie irgendwo ihr Haupt erheben oder nur zu erheben scheinen sollte, die Centralgewalt und die Fürsten der Einzelstaaten mit ihren Heeren jetzt stark genug sind, um sie niederzuschmettern, die Reaction aber zum Theil eben von den Thronen selbst ausgeht oder in ihrer schützenden Nähe steht,

und das Reichsministerium mitsammt der Mehrheit der Frankfurter Nationalversammlung gegen dieselbe Nichts ausrichten kann oder will.

Die spaßhafteste Beschuldigung, die der D. B. dem Mve macht, ist die letzte, nämlich „die **Nichterwähnung der Monarchie** in dem Programme des Mv. habe nichts Anderes zu bedeuten, als **die Streichung der Monarchie** in dem Fäkel'schen Vaterlandsvereine. Erstens ist es gar nicht gegründet, daß die Monarchie in besagtem Programme nicht erwähnt sei; es heißt ja ausdrücklich, daß sich im Mve Republikaner und Monarchisten vereinigen könnten und in Frankfurt wirklich vereinigt hätten. Und zweitens ist die Republik nicht mehr erwähnt, als die Monarchie. Folglich könnte der D. B. mit demselben Rechte sagen, im Mve sei die Republik gestrichen.

Nach alledem kann der Mv. unmöglich glauben, daß es dem D. B. mit dem Gesuche um Erklärung am Schlusse seiner Philippika, sowie mit der darauf in Aussicht gestellten Entscheidung seinerseits Ernst sei. Der Märzverein **hat** sich erklärt und hat die Hand zum Bündnisse geboten. Der Deutsche Verein hat, anstatt die dargebotene Hand anzunehmen oder einfach zurückzuweisen, den offenen Krieg begonnen. Es steht ihm daher schlecht an, sich nun noch die Miene zu geben, als sei er zum Frieden bereit, bereit, uns als Bundesgenossen und Brüder anzusehen.

Wer Frieden und Einigkeit will, fängt nicht mit Krieg und Feindseligkeiten an. Der Märzverein.

Da vorstehende Erwiderung nicht noch länger zurückgehalten werden konnte, so mußte die Tagesgeschichte und Mittheilungen über den Landtag u. für das nächste Blatt zurückgelegt werden.

D. R.

Delaniz, den 23. Jan. (Sitzung des B. B. vom 22.) Obmann Karl Gerbeth eröffnet die übervolle Sitzung mit dem Bemerkten, daß die Partei des B. B. neuerdings wieder zwei glänzende Siege gefeiert, zuerst daß sie bei den Wahlen der Stadtverordneten und resp. deren Stellvertreter 11 Candidaten durchgesetzt, während die Gegenpartei nur 7 hineingebracht habe, und daß sowohl in der Wahlabtheilung Sassenreuth, wie Heinersgrün die Geschwornenwahlen nach den von uns aufgestellten Listen ausgefallen seien. Bgr. Julius Schanz referirte über die Verhandlungen des Landtags und allgemeine Freude erregte die Annahme des Schaffrath'schen Antrags. Bgr. Gottfr. Fickert nahm, von dem Grundsätze ausgehend, daß die Demokratie in alle Schichten des Lebens dringen und republikanische Einfachheit unser Aller Ziel und Streben sein müsse, einen schon früher dagewesenen Gegenstand wieder auf — die Vereinfachung der Leichenbegängnisse und sprach sich besonders gegen die theure Theilnahme der Geistlichkeit an denselben aus; er wünschte die Geistlichen firirt. Bgr. Schanz unterstützte ihn und nach längerer Debatte über diesen Gegenstand ward der einstimmige Beschluß gefaßt, sämtliche demokratische Brudervereine des Voigtlands und der angrenzenden Provinzen hierdurch aufzufordern,

„daß sie die Vereinfachung der Leichenbegängnisse in den Bereich ihrer Besprechungen ziehen und etwaige erlangte Resultate uns mittheilen möchten.“

Nach einer kurzen Pause, innerhalb der die Wahl eines 2. Obmanns und eines zweiten Schriftführers vorgenommen ward, die auf Reistner und Bgr. Vogel II. fiel, sprach sich Bgr. Schanz in einer längern Rede über die Theilnahmlosigkeit an der Politik und der Unthätigkeit des Volkes, selbst eines großen Theils der Vereinsmitglieder an dem eigentlichen öffentlichen Leben aus; insbesondere sprach er sich tadelnd dagegen aus, daß sich so Wenige der Bürger an den Debatten beteiligten, ja selbst Viele ihre Beiträge nicht einlieferten. In Bezug auf letztern Punkt, der allen demokratischen Vereinen viel zu schaffen macht, wurden folgende von ihm gestellte Anträge angenommen: 1) sämtliche Mitglieder erhalten eine Frist von 8 Tagen, binnen welcher sie aufgefordert

werden, ihre Beiträge abzuliefern. 2) Nach Verlauf dieser Frist werden sämtliche Restanten ausgezeichnet und in der nächsten Versammlung öffentlich verlesen, mit dem Bedeuten, innerhalb einer erneuten Frist von 8 Tagen ihrer Schuldigkeit nachzukommen, widrigenfalls sie von dem Vereine ausgeschlossen werden. 3) Die ärmern Mitglieder des V. V., welche Beiträge nicht bezahlen können und sich deswegen an den Ausschuss wenden, können, wenn sie nach dessen Ermessen würdig sind, von der Steuer in die Vereinskasse befreit werden, obwohl sie wöchentlich nur 4 Pfennige beträgt.

Nach Annahme dieser Bestimmungen ergriff Bürger Schanz nochmals das Wort, um Alle zu reger und thätiger Theilnahme an dem Werke der eigenen Erlösung aufzufordern; Einzelne, sagte er, können nichts erzielen. Was helfe es, wenn Hecker sein Vermögen für das Volk opfere, Struve im Kerker schmachte für dasselbe und mit ihm viele Hunderte deutscher Demokraten, wenn sich Robert Blum in Wien für die deutsche Freiheit erschießen lasse, — das Volk müsse selbst erglühen für die That der Befreiung und den Opfertod für die Menschheit — Alle müssen Hand anlegen, wenn wir zu einem erspriesslichen Ziele gelangen wollen. — Nach dieser mit Beifall aufgenommenen Rede las Bgr. Obmann Gerbeth den Aufruf des russ. Demokraten Bakunin an die Slaven vor, der in allen Herzen lauten Wiederhall fand. Nach einem daran an-

knüpfenden Vortrage des Bgrs Schanz über die Grundsätze der großen Volkspolitik, des Humanismus und der Befreiung aller unterdrückten Völker, insbesondere der von fremdländischer und zwar zumeist deutscher Tyrannei geknechteten Polen, Italiener und Ungarn schloß die Versammlung. —

Delsnig, den 23. Jan. Was ich mir vor 8 Tagen nicht träumen ließ, ist eingetroffen; wir haben bei der Wahl der Stadtverordneten 7, bei der der Stellvertreter 4 unsrer Kandidaten durchgesetzt und zwar mit großer Stimmenmehrheit. So wäre denn — nach langen Kämpfen und Stürmen auch Delsnig für den Fortschritt erobert. Möge es ihm treu bleiben und nie wieder in seine alte Schmach zurückversinken. Unsrer Freude über diesen glänzenden Sieg ist groß, wie Sie sich denken können.

Berichtigung.

Der Aufsatz: Ueber den Zweck und die Bedeutung der politischen Vereine etc. (Boigt. Anz. Nr. 6), welcher in Nr. 3 dieser Blätter zu einem Angriffe auf den Deutschen Verein in Plauen benutzt worden, ist von dem Deutschen Vereine alhier nicht ausgegangen. Der Ausschuss des Deutschen Vereines in Plauen.

Kirchliche Nachrichten.

Am Sonntage Sexagesimä predigt Vormittag Herr Superint. Beyer und Nachmittag Herr Archidiaconus M. Fiedler. Bei der allgemeinen Beichte Mittwochs darauf Vormitt. um 9 Uhr hält Herr Superint. Beyer die Rede.

Bekanntmachung.

In der 3. Wahltheilung des 44. Wahlbezirks sind durch die am 3. Februar d. J. beendete Geschwornenwahl

- 1) der Webermeister Georg Keilhack in Dröbba,
- 2) der Bauergutsbesitzer Johann Christian Hager in Bösenbrunn,
- 3) der Müllermeister Jacob Heinr. Schmidt in Bobenneukirchen,
- 4) der Maurer Carl Gottlob Löser in Bösenbrunn

zu Geschwornen ernannt worden.

Nach denselben hatten die meisten Stimmen erlangt:

- der Bauergutsbesitzer Johann Ehrhardt Sünnerhauf jun. in Kleinzöbern,
der Bauergutsbesitzer Johann Heinrich Erdmann Röthel in Bobenneukirchen,
der Hufschmidt Johann Friedrich Enders in Großzöbern.

Es wird solches mit der Bemerkung bekannt gemacht, daß etwaige begründete Einwendungen gegen diese Wahl und das Wahlverfahren bei Verlust derselben binnen 8 Tagen von der d. 5. dieses beginnenden Aushängung des öffentlichen Anschlags alhier angerechnet, anzubringen und zu bescheinigen sind.

Bobenneukirchen den 3. Februar 1849.

Der Wahlausschuss das.
Albin Groh.

Verpachtung.

Meine Besitzung in Droschdorf bin ich geneigt auf 3 Jahre vom 1. April an zu verpachten; die Bedingungen sind jederzeit daselbst einzusehen.

Dresden am 1. Februar 1849.

Christian Gottlob Jahn,
Landtagsabgeordneter
der I. Kammer.

Montag den 12. Abends 8 Uhr Conferenz vor Schiffmüller.

Die Vorsteher Schneider und Leipoldt.

Einladung.

Montag den 12. d. Abends 7 Uhr Versammlung bei Porst und am Dienstag den 13. d. Abends 7 Uhr Volksverein im Schießhause.

Plauen den 9. Februar 1849.

Finke, Obmann.

Zum Blumenberg

morgen Sonntag Abend Tanzmusik.

Öffentliche Quittung.

Da ich bis jetzt trotz mehrfacher Erinnerungen die mir kontraktmäßig noch schuldigen Sechszehn Thaler von der Kirchengemeinde zu Possack nicht erhalten konnte, so erkläre ich derselben andurch, daß ich besagte Sechszehn Thaler auch nicht mehr haben will, und quittire dieselbe hiermit öffentlich.

Johann Christian Grimm,
Schieferdecker in Arnoldsgrün.

Ferdinand Merkel in Plauen,

bevollmächtigter Agent

empfiehlt Auswanderern nach Amerika prompte Schiffsgelassenheiten in großen dreimastigen Schiffen nach Newyork, Baltimore und New-Orleans.

Die Preise verpflichte ich mich so billig zu stellen, wie irgend ein Haus in Bremen und ist allen Auswanderern dringend zu empfehlen, die ersten Abfahrten im März zu ihrer Reise zu benutzen.



Kunstanzeige.



Einem hochzuverehrenden Publikum und Freunden der Kunst hat

Wilhelm Kolter

die Ehre, ergebenst anzuzeigen, daß derselbe mit seiner

akrobatischen Seil- und Ballettänzergesellschaft

hier angekommen ist und Sonntag und Montag die ersten Vorstellungen geben wird. Da derselbe glaubt, sagen zu dürfen, daß seine Leistungen, so wie die seiner Gesellschaft hinlänglich bekannt sind, so verspricht er, in jeder Hinsicht den Anforderungen eines kunstsinigen Publikums zu entsprechen. Der Schauplatz ist im Theatergebäude. Anfang halb 8 Uhr. Das Nähere besagen die Zettel.

Auction.

Ich bin geneigt, am 12. Februar und die darauf folgenden Tage mein ganzes Inventarium, bestehend aus Jacquard-, Schlag- und Copir-Maschinen, so wie 9 Stück neuer Webstühle und sämtlichem Hausgeräthe an die Meistbietenden gegen baare Bezahlung in meiner Behausung zu versteigern, wozu ich Kauflustige hierdurch einlade.
Delsnig.

Wilhelm Wendelbrück.

500 Schfl. Ausschlag liegen zum Verkauf bei
Seifensieder Jahn.

50 Schfl. sogenannte Zwiebel- = Erdäpfel liegen zum Verkauf bei
Knopfmacher Klemm in Delsnig.

Ein großer eiserner Kochofen mit kupferner Wasserpfanne, sechs Stügen enthaltend, steht zu verkaufen. Bei wem? sagt die Exped. dieser Blätter.

Ein Knabe vom Lande, von braven Eltern, sucht künftige Ostern als Schreiber ein Unterkommen zu finden. Das Weitere in der Exped. d. Bl.

Am Sonnabend Abend ist ein Hausschlüssel verloren worden. Der Finder wird gebeten, solchen in der Exped. d. Bl. abzugeben.

Druck von Aug. Wieprecht in Plauen.